

Washington News

Nr. 9 vom 7. März 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **USTR veröffentlicht Handelsagenda 2019**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zu internationalen Steuervorschriften**
- **Aufbau eines 5G-Netzes soll privat erfolgen**
- **USA investieren in CO2-freie Energieerzeugung**
- **Neue Section 232-Untersuchung**
- **Anhörung Infrastruktur**
- **US-Amerikaner und Deutsche evaluieren die bilateralen Beziehungen**

Diese Woche in Washington

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) hat die [Handelszahlen für 2018](#) veröffentlicht. Demnach betrug das Handelsdefizit der USA zum Jahresende im Güterbereich 891,3 Milliarden US\$. Es ist somit das höchste in der Geschichte der USA; allein 419,2 Milliarden US\$ entfallen auf China. Das gesamte Handelsdefizit inklusive Dienstleistungen wird mit 621 Milliarden US\$ angegeben. Auch das Defizit im Warenhandel mit Deutschland ist im Vergleich zum Jahr 2017 um 4,57 Milliarden US\$ auf 68,25 Milliarden US\$ angestiegen. Scott Paul, Präsident der *Alliance for American Manufacturing* (AAM) kritisiert in einer Mitteilung, dass die handelspolitischen Maßnahmen der Administration bislang lediglich ausgewählten Sektoren geholfen hätten. Sie seien aber ungeeignet, um das Handelsdefizit nachhaltig zu verringern. Das hohe Defizit sei vielmehr das Resultat der Fiskalpolitik der Regierung.

Nach einem Treffen mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer steht die *United Autoworkers-Gewerkschaft* (UAW) dem USMCA weiter kritisch gegenüber. UAW-Präsident Gary Jones ließ im Anschluss an das Treffen mitteilen, dass man ein neues NAFTA grundsätzlich begrüße. Seitens der Administration müsse aber noch mehr unternommen werden, um sicherzustellen, dass USMCA zum Wohl der UAW-Mitglieder und deren langfristigen Arbeitsplatzsicherheit beitrage.

Das US-Finanzministerium hat die *General Licenses* für den russischen Automobilkonzern GAZ vom 7. März auf den 6. Juli 2019 verlängert und damit zwei neue *General Licenses* herausgegeben. GAZ befindet sich seit April 2018 auf der US-Sanktionsliste, da das Unternehmen von dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska sowie der Unternehmensgruppe JSC Russian Machines kontrolliert wird. GAZ ist der führende Hersteller von Nutzfahrzeugen in Russland. (cs/ch)

Kurzmeldungen

Neue Section 232-Untersuchung

Das US-Wirtschaftsministerium hat angekündigt, eine weitere *Section 232-Untersuchung* einzuleiten. Diesmal geht es um die Frage, ob der Import ausländischer Titanschwämme die nationale Sicherheit gefährdet. In einer Mitteilung des US-Wirtschaftsministers Wilbur Ross heißt es, dass Titanschwamm im Verteidigungssektor weitreichende Anwendungen fände, zum Beispiel in Rotorblättern von Hubschraubern, in gepanzerten Kampffahrzeugen oder in Flugzeugrahmen. Das Verteidigungsministerium unterstützte die jüngste 232-Untersuchung, so

USTR veröffentlicht Handelsagenda 2019

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat am 1. März seine jährliche [Handelsagenda](#) vorgelegt, die einen Rückblick auf 2018 sowie einen Ausblick auf 2019 gibt. Der 373-seitige Bericht lobt die handelspolitische Agenda der Administration, die die einheimische Wirtschaft und Arbeitnehmer stärke. Neuverhandlungen von Handelsabkommen hätten fairere Bedingungen für die US-Wirtschaft im internationalen Handelssystem geschaffen. Hauptziel der handelspolitischen Agenda im Jahr 2019 sei es, US-Handelsgesetze strikter durchzusetzen und die Leistungsbilanz der USA zu verbessern. Der Bericht kritisiert die Handelsungleichgewichte in der globalen Wirtschaft, die ausbalanciert werden müssten.

Der Bericht legt einen starken Fokus auf China und zweifelt die Fähigkeit multilateraler Institutionen an, gegen Chinas nicht-marktwirtschaftliche Praktiken vorzugehen. Weiterhin wird erklärt, dass die Administration bereit sei, *Section 301*-Zölle als Schutzinstrument gegen unlautere Handelspraktiken anderer Länder zu verwenden. Neben den Handelsgesprächen mit China habe die schnelle Ratifizierung des USMCA-Abkommens durch den Kongress für die Administration eine hohe Priorität.

In seinem Bericht bezeichnet der USTR die EU als strategischen Partner. Die wirtschaftlichen Beziehungen gelte es zu vertiefen. Um bessere Absatzmöglichkeiten für US-Exporteure zu schaffen, müsse ein Freihandelsabkommen mit der EU verhandelt werden. Die Kooperation mit der EU und Japan sei wichtig, um gegen Chinas Handelspraktiken gemeinsam vorzugehen. Der Bericht äußert sich positiv zur Anwendung von Zöllen unter *Section 232*, insbesondere gegen chinesische Stahlimporte. Die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Stärke und nationaler Sicherheit sei nach wie vor ein wichtiges Thema für die Administration. (kw).

SPOTLIGHT STEUERN: Neue Richtlinien zu internationalen Steuervorschriften

Das US-Finanzministerium hat die letzten wichtigen [Richtlinien](#) zu internationalen Steuervorschriften im Rahmen der Steuerreform aus dem Jahr 2017 vorgeschlagen. Die Richtlinien stellen dar, wie sich Unternehmen für eine Steuervergünstigung auf bestimmte Auslandsumsätze qualifizieren können. Die Regel zum sogenannten *Foreign Derived Intangible Income* (FDII) ermöglicht es US-Betrieben statt des Körperschaftsteuersatzes von 21%, einen Steuersatz von 13,125% (bzw. 16,406% nach dem Jahr 2025) für bestimmte ausländische Einnahmen zu nutzen. Laut einer Analyse des *Joint Committee on Taxation* würde die FDII-Regel 64 Milliarden US\$ über zehn Jahre kosten. Der Kongress hat FDII geschaffen, um Unternehmen zu ermutigen, ihre Leistungen und ihr geistiges Eigentum in den USA zu platzieren. Allerdings bleibt die WTO-Kompatibilität des FDII fraglich, da es eine unzulässige Exportsubvention sein könnte.

Ferner erklären die neuen Richtlinien, dass sich im Ausland ansässige US-Geschäftseigentümer („*expatriates*“) als

Ross. Die Untersuchung wurde auf Grundlage eines Antrags eines einheimischen Herstellers eingeleitet. Japan gilt als einer der wichtigsten Zulieferer von Titanschwamm für US-Käufer. (cs)

Anhörung Infrastruktur

In einer Anhörung des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus haben Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter schnellstmögliche Investitionen in die Infrastruktur gefordert. Beide Seiten zeigten sich einig, dass eine schrittweise Anhebung der Bundessteuer auf Treibstoff die beste Lösung sei, um mehr Mittel freizusetzen und den defizitären *Highway Trust Fund* zu sanieren. Während einige demokratische Ausschussmitglieder eine Steuererhöhung befürworteten, forderten Republikaner einen Abbau von Regulierungen bei Infrastrukturprojekten, um Investitionen aus privater Hand anzuregen. (cs)

US-Amerikaner und Deutsche evaluieren die bilateralen Beziehungen

Das *Pew Research Center* und die Körber Stiftung haben die neueste [Umfrage](#) zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen veröffentlicht. Obwohl in den USA 70% der Befragten die

Unternehmen registrieren und sich somit für die *global intangible low-taxed income*- (GILTI) Steuervergünstigung qualifizieren können. Der GILTI-Steuersatz liegt bei 10,5% statt 21%. Interessierte können die neuen Richtlinien über einen Zeitraum von 60 Tagen kommentieren. (ch)

Aufbau eines 5G-Netzes soll privat erfolgen

Larry Kudlow, Direktor des *National Economic Council* im Weißen Haus, hat die Position der Administration bestätigt, wonach der Aufbau eines landesweiten 5G-Telekommunikationsnetzes von bereits bestehenden Mobilfunkgesellschaften durchgeführt werden soll. Auch die beiden Kommissionsmitglieder der *Federal Communications Commission* (FCC) Jessica Rosenworcel (D) und Brendan Carr (R) äußerten, dass der freie Markt diese Aufgabe übernehmen müsse. Eine Verstaatlichung sei keine Alternative.

Zuvor hatte das Wahlkampfteam zur Wiederwahl von Donald Trump öffentlich für ein 5G-Netzwerk geworben, bei dem die Regierung über einen Großhändler den Mobilfunkgesellschaften Zugriff auf 5G-Radiowellen gewähren würde. Die Sprecherin des Wahlkampfteams Kayleigh McEnany sagte, ein solches System könne Kosten senken und nutze allen Amerikanern unabhängig von ihren Wohnorten.

Bereits im vergangenen Jahr war ein Memo des *National Security Council* bekannt geworden, wonach die Trump-Administration die Idee des Baus eines flächendeckenden 5G-Netzes verfolge. Die Mobilfunkbranche lehnt ein staatlich organisiertes Netz ab. (cs)

USA investieren in CO2-freie Energieerzeugung

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

In den USA steigt der Anteil CO2-freier Stromquellen am Energiemix. Zugleich sollen vielerorts die Treibhausgas-Emissionen gesenkt werden. Im Ausland mag diese Entwicklung überraschen. Schließlich haben sich die USA vom Pariser Klimaschutzabkommen offiziell verabschiedet. Doch ist die US-Regierung in Washington für die Regulierung der Energieversorgung auf unterster Ebene nur bedingt zuständig. Hierfür zeichnen die Bundesstaaten verantwortlich. Und unter ihnen formierte sich unmittelbar nach dem Austritt aus dem Pariser Abkommen Widerstand. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

bilateralen Beziehungen mit Deutschland positiv bewerten, sehen 73% der Deutschen die Beziehungen mit den USA als negativ. Auch bei der Zusammenarbeit zwischen den Ländern gibt es starke Kontraste: 70% der US-Amerikaner begrüßen eine vertiefte Kooperation mit Deutschland, aber nur 41% der Deutschen teilen diese Meinung.

In Bezug auf die Handelspolitik bewerten die US-Amerikaner die Stahl- und Aluminiumzölle gegen die EU unterschiedlich: 72% der Republikaner unterstützen diese Zölle, während 71% der Demokraten dagegen sind. In Deutschland unterstützen 78% die Retorsionsmaßnahmen der EU. (ch)





Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

